

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 110 (1977)
Heft: 23

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Organ des Bernischen Lehrervereins
110. Jahrgang. Bern, 10. Juni 1977

Organe de la Société des enseignants bernois
110^e année. Berne, 10 juin 1977

Bericht über die Abgeordnetenversammlung des BLV

vom 27. April 1977 im Berner Rathaus

Kurz nach 9 Uhr konnte Präsident *Fritz Gerber*, *Zweitsimmen*, die Versammlung eröffnen. Er verzichtete auf eine namentliche Begrüssung der eingeladenen Gäste, verwies auf die den Delegierten zugestellten Listen, begrüßte besonders auch die Vertreter der Presse und wünschte dem erkrankten Erziehungsdirektor im Namen der Versammlung gute Erholung. Anschliessend richtete er folgende Worte an die Versammelten:

«Verehrte Anwesende,

Seit Jahren rollt eine Flutwelle von Schulreformbestrebungen über uns, und die Schule steht weiterhin im Kreuzfeuer der Kritik. Lehrerschaft und Volk sind verunsichert. Das Lehrerdasein und das Unterrichten sind beschwerlicher geworden. Standardisierung und Mechanisierung des Unterrichtes machen das Lernen nicht leichter. Weder Schulhausneubauten noch Sportanlagen, weder Sprachlabors noch eine Fülle von technischen Gerätschaften bilden eine wahre Legitimation für die Humanität der Schule.

Noch immer sind wir weit davon entfernt, eine gemüthalt gebildete Menschlichkeit entwickelt zu haben, und immer wieder stellen wir resigniert fest, dass vor lauter Wissensballast die Pflege des Gemütes zu kurz kommt und dass das seelische Wachstum verkümmert.

Wir flüchten allzuerne in die Unterrichtstechnologie und vergessen oft, dass der Lehrer doch schlussendlich die Schlüsselfigur aller Schularbeit bleibt.

L. Jost, unser geschätzter Redaktor der Schweizerischen Lehrerzeitung, hat es eindrücklich gesagt: „Erziehen und Unterrichten ist im übrigen wie eh und je vor allem stilles, mühseliges und aufopferndes Wirken in einem eng begrenzten Feld, getragen von persönlicher Verpflichtung dem individuell Heranwachsenden, aber auch der Gemeinschaft gegenüber...“ Jost findet auch, dass unser Lehrersein ein Ringen mit Aufgaben sei, die durch ungünstige Umstände erschwert werden, und dass das pädagogische Schlaraffenland, in dem Lernen eitel Nichtstun und Lehren ungetrübte Lust seien, leider noch nicht existiere.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sorgen wir dafür, dass Erziehungs- und Bildungsfragen immer Fragen der Erkenntnis bleiben und niemals nur Fragen des Prestiges und der politischen Macht werden.

Ich habe mir die Mühe genommen, alle Jahresberichte der Kantonalen Lehrervereine und auch denjenigen des SLV zu durchgehen. Ich bin beeindruckt vom Einsatz und der Hingabe, mit welchen die vielgestaltigen Probleme zu lösen versucht werden.

Es wird für uns immer deutlicher, dass niemand mehr passiv und uninteressiert beiseite stehen darf, dass jeder mann in allen hängigen Fragen klare Stellung beziehen müsste.

Deshalb schreibt L. Jost von den ‚Trittbrettfahrern‘, die ahnungslos oder selbstverständlich von der geleisteten Arbeit engagierter Kollegen profitieren.

Hüten wir uns vor der Gleichgültigkeit und Lauheit. Als für das Schulwesen unmittelbar Verantwortliche müssen wir uns zu gemeinsamem Wirken zusammenfinden und von unserem Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht regen Gebrauch machen. Helfen Sie, liebe Abgeordnete, bitte mit, dass auch die ‚Trittbrettfahrer‘ in den fahrenden Zug einsteigen.»

Bevor mit der Behandlung der Geschäfte begonnen wurde, erhob sich die Versammlung zu Ehren der im Berichtsjahr verstorbenen Kolleginnen und Kollegen (siehe Verzeichnis im Berner Schulblatt Nr. 20 vom 20. Mai 1977).

Die Traktandenliste liess vermuten, dass man auf eine Fortsetzung der Arbeit am Nachmittag würde verzichten können. Der Präsident machte auf das zugestellte zahlreiche Material zu einzelnen Geschäften und auf die Benützungsmöglichkeit der Simultanübersetzung (Dolmetscherinnen M^{me} Gysi und M^{me} Neuenschwander) aufmerksam. Zu *Stimmenzählern* wurden bestimmt: *Dorothee Kesselring*, Saanen, *Michel Hennin*, Courtelary, und *Dr. Christoph Zürcher*, Biel. Zu Übersetzern für allfällige Anträge aus der Versammlung wurden wie bisher die Kollegen *André Schwab*, Biel, und *Ernst Kramer*, Oberburg, gewählt.

Das Protokoll der a.o. Abgeordnetenversammlung vom 10. November 1976, erschienen im Berner Schulblatt vom 26. November und 3. Dezember 1976, konnte stillschweigend gutgeheissen werden.

Eine Abänderung der Geschäftsliste wurde nicht gewünscht. Die Zahl der stimmberechtigten Delegierten wurde mit 144 ermittelt.

Inhalt – Sommaire

Bericht über die Abgeordnetenversammlung des BLV	223
Nyafaru-Schulhilfe	231
Ecole normale de Delémont	232
Préavis	232
Formation initiale des enseignants	232
Mitteilungen des Sekretariates	233
Communications du Secrétariat	333

Alle 8 *Jahresberichte* wurden ohne Einwände oder sonstige Bemerkungen gutgeheissen; sie erschienen im Berner Schulblatt Nr. 15 vom 15. April 1977. Ebenfalls wurden die *Rechnungen einstimmig angenommen*, ohne dass sich jemand zum Wort meldete, nachdem Zentralsekretär Baumberger auf ein Druckversehen aufmerksam gemacht und begründet hatte, warum die Lohnersatzkasse eine Vermögensverminderung von über Fr. 90 000.- aufweist. Dieser Verlust ist reglementsgemäss durch eine Beitrags-erhöhung zu ersetzen. Aus der Kasse für die Stellenlosen mussten nur unbedeutende Beträge bezahlt werden. Es sind immer noch rund Fr. 76 000.- vorhanden.

Zu den Tätigkeitsprogrammen

ergriffen Hans Perren, Kantonalpräsident, und Orest Wullschläger, Präsident der Pädagogischen Kommission, das Wort.

Hans Perren orientierte wie folgt:

«Die Geschäfte, die im Kantonalvorstand zu behandeln sind, sortieren sich in zwei Kategorien: in die laufenden, von den Ereignissen diktierten einerseits, andererseits in jene, die von selbsterkannten Zielen bestimmt sind. Die letzteren werden von den ständig in grösserem Masse anfallenden Aktualitäten auf einen kleinen Raum gedrängt. Den Hauptanteil der Zeit werden Probleme belegen, deren Behandlung angelaufen ist.

Die *Reform der Primarlehrerbildung* entwickelt sich weiter. Sie wird kurzfristig sehr aufmerksame Arbeit beim Prüfen von Vorschlägen verlangen. Die Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung und die Umfragen haben bei dieser Prüfung ihre Bedeutung als Richtlinien. Ich kann hier sagen, dass die Arbeit des BLV Beachtung findet. Paul Simon wird Sie detaillierter orientieren.

Zur *Teilrevision von Primar- und Mittelschulgesetz* hat die Erziehungsdirektion eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der der BLV mit vier Mitgliedern vertreten ist. Der Kantonalvorstand hat an seiner Sitzung vom letzten Mittwoch dazu nominiert: Fräulein Dora Hug, die Herren Hans Grütter, Hanspeter Schüepf, Michel Wallis. Die Erziehungsdirektion hat in dieser Arbeit Kurt Vögeli, meinen Vorgänger im Amte des Kantonalvorstandspräsidenten, zum Projektleiter bestimmt.

Die *Stellenlosigkeit* ist im Moment weniger gravierend, als es vor einem Jahr der Fall war. Die Massnahmen der ED beginnen sich auszuwirken, und das Abtreten von Zusatzlektionen ermöglicht vielen jungen Kolleginnen und Kollegen Praxiserfahrung. Wir werden die Situation laufend überprüfen, und unsere Vertreter in der Arbeitsgruppe der ED werden sich voll einsetzen. Paul Simon wird Sie auch hier näher informieren.

Vereinsintern starten wir eine Versuchsphase zur Aufnahme von Stellenlosen; unser Zentralsekretär legt Ihnen diesen Plan unter Traktandum 9b vor.

Die *Strukturkommission* hat die Ergebnisse ihrer Beratungen unterbreitet. Die Fragen um die Reorganisation des BLV werden uns alle intensiv beschäftigen. Hans Frey, Präsident der Kommission, erstattet unter Traktandum 14 Bericht und nennt die Anträge für die Weiterarbeit.

Im Jura-Süd arbeiten die drei Sektionen an einer Regionalisierung ihres Gebietes, wie es durch unsere Statuten ermöglicht wird. Yves Monnin, der in dieser Arbeit mitbeteiligt ist, wird im Namen der drei südjurassischen Sektionen orientieren.

Unterrichtsfragen. Die Initiative «Kleinere Schulklassen» ist zustande gekommen. Im Grossen Rat liegt die zweite Motion Hamm vor, die von der ED als Postulat entgegengenommen würde. Die Diskussion um die richtige Anzahl Schüler in der Schulstube geht damit weiter. Wir hoffen, dass die vom Schweizerischen Lehrerverein und vom BLV angestrebte Richtzahl von 25 in einer der Schule und dem Unterricht dienlichen Art erreicht werden kann.

Ein weiteres Ziel unserer Arbeit wird sein, Verbesserungen der neuen Verordnung ‚Zusatzlektionen‘ zu erwirken. Die heute zu fassenden Richtlinien werden den Kantonalvorstand dazu beauftragen.

Zur Lektionentafel der Primarschule hat vereinsintern eine Diskussion eingesetzt. Über den Verlauf dieser Arbeit werden Sie im Berner Schulblatt orientiert, wie Sie sich ständig informiert halten können, wenn Sie die Berichte über die Verhandlungen im Kantonalvorstand lesen.

Das Problem des *Rücktrittsalters* ist aufgegriffen worden. Die entsprechenden Verhandlungen sind mit der Erziehungsdirektion und der Bernischen Lehrerversicherungskasse zu führen, unter Berücksichtigung der Diskussionen und Entwicklungen in den Fragen von AHV und zweiter Säule.

Im *Verkehr mit den Behörden* befinden wir uns momentan in einem konstruktiven Gespräch. Wir werden angehört und erleben, dass unsere Arbeit einfließt in die Papiere unserer Gesprächspartner. Wir haben den Eindruck, durch die gute Mitarbeit der Kolleginnen und Kollegen in den Umfragen, durch die intensive Arbeit unserer Vertreter in offiziellen Arbeitsgruppen, durch oft sehr rasche und arbeitsintensiv geleistete Antworten an die Behörden habe der Verein an Vertrauen und Glaubwürdigkeit gewonnen. Das gestattet, unsere Haltung in ruhigem Ton vorzubringen; dafür finden wir auf der andern Seite stets guten Willen zum Gespräch.

Für die *vereinsinterne Arbeit* muss ich Sie um Verständnis bitten, wenn unter Umständen wieder Umfragen plötzlich gestartet werden müssen, die nur wenig Zeit zur Antwort lassen. Die Leitung BLV macht das nicht mutwillig. Sie fragt, weil sie sich in wichtigen Dingen an die Mitglieder wenden will und setzt die weitestmögliche Zeit, die ihr selber zur Verfügung gestellt worden ist. Ich danke allen herzlich, die sich weiterhin oder neu in unsere Arbeit einschalten, sei es in den Sektionen, sei es in Arbeitsgruppen oder als Einzelmitglied. Ohne diese arbeitswilligen Leute wäre der BLV nicht lebensfähig.

Eine Vorausschau soll optimistisch ausklingen. Die meine tut es, wenn ich die Arbeit in der *Trennungskommission* würdige. Diese Arbeitsgruppe, in der die drei nordjurassischen Sektionen Porrentruy, Delémont und Franches-Montagnes wie Südjura und alter Kantonsteil vertreten sind, hat ihre Arbeit weiterzuführen und einer Abgeordnetenversammlung das Reglement der Trennung vorzulegen. Die Sitzungen finden in der Atmosphäre kollegialer Zusammenarbeit statt, und die Gespräche sind getragen vom guten Willen, die beste Lösung zu finden.

Ich schliesse meine Ausführungen mit der Hoffnung, dieses Beispiel gegenseitigen Verständnisses sei Kompass für all unsere Tätigkeit bis zur nächsten ordentlichen Abgeordnetenversammlung.»

Was die Tätigkeit der Pädagogischen Kommission betrifft, gab *Orest Wullschläger* folgende Auskunft:

«Wir wollen uns dem *Schultheater* zuwenden, uns seine pädagogische Bedeutung vergegenwärtigen und neue Arbeitsweisen kennen lernen, um Klarheit darüber zu bekommen, wie musische Erziehung überhaupt gefördert werden kann.

Das Thema der *Selektion* soll wieder aufgegriffen werden. Im Zusammenhang mit der Teilrevision der Primar- und Mittelschulgesetze werden wir die *Disziplinarartikel* überdenken und nach sinnvollen Formulierungen suchen. Wo immer es möglich ist, sollte für beide Schultypen derselbe Wortlaut gelten.

Während der Arbeit zum LEMO-Bericht sind wir immer wieder auf den Gegensatz von Praxis und Theorie gestossen und haben gefunden, Theorie und Wissenschaft würden zu Unrecht über das praktische Wirken gestellt. Wir überlegen uns Arbeitsschritte, welche dieses einseitige Verhältnis zwischen *Wissenschaft und Schulpraxis* korrigieren oder nicht aufkommen lassen.

Zum LEMO-Bericht ist im Amtlichen Schulblatt Nr. 3 vom 15. Februar 1977 die Stellungnahme der Erziehungsdirektion veröffentlicht worden. Sie ist nach meiner Meinung nicht einseitig befürwortend ausgefallen (es wird Kritik geübt), aber sie ist positiver als jene der Lehrer. Das wird im Kanton Bern eine Rolle spielen, und die PK wird die *Lehrerbildung* weiterverfolgen, damit nicht sechstes Seminarjahr und Weiterbildung anders verwirklicht werden, als es die Lehrer wollen.

Schliesslich möchten wir Bemühungen weiterführen, die vor kurzem begonnen haben – sie laufen unter dem Titel *Schule und Drogen* und fügen sich in den weiteren Rahmen der Gesundheitserziehung. Ein Besuch im Rehabilitationszentrum aebi-hus, Brüttelen, hat uns in beeindruckender Weise gezeigt, dass dort seriös und realistisch gearbeitet wird. Wir wissen vorerst nur vage, wie wir jenes pädagogische Wirken unterstützen können, aber wir sind überzeugt, dass die Aebianer unsere Unterstützung verdienen. Ich hoffe, dass unter Ihnen und allen bernischen Kollegen viele für diese Ansicht zu gewinnen sein werden.»

Zum Budget

konnte Zentralsekretär *Moritz Baumberger* die willkommene Orientierung geben, dass die Jahresbeiträge nicht erhöht zu werden brauchen, da der Voranschlag mit den bisherigen Beiträgen praktisch ausgeglichen sei. Ausgeglichen werden müsse allerdings das *Budget der Lohnersatzkasse*, damit das grosse Defizit des abgelaufenen Berichtsjahres aufgeholt werde; doch sei dies nicht Angelegenheit der Delegiertenversammlung, sondern der Aufsichtskommission dieser Kasse. Was den Fonds für die Stellenlosen betreffe, könne man für das Sommersemester auf einen Sonderbeitrag verzichten, hingegen sollte der Kantonalvorstand die Ermächtigung erhalten, nötigenfalls im Wintersemester wieder einen Beitrag von höchstens Fr. 10.– einziehen zu dürfen, was von der Versammlung gleichzeitig mit Annahme des Budgets *einstimmig gutgeheissen* wurde.

Wer kann Mitglied des BLV sein?

Traktandum 9, Mitgliedschaft, gab zu verschiedenen Erklärungen und Stellungnahmen Anlass. Vorerst äusserte sich der *Zentralsekretär* zu den *Amnestieaufnahmen*.

Bekanntlich hatte die Delegiertenversammlung vom Dezember 1975 das Jahr 1976 zum Amnestiejahr erklärt. Das bedeutete, dass zu spät Eintretende von der Nachzahlung der Beiträge befreit waren. Es haben 53 Kolleginnen und Kollegen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, vor allem Berufsschullehrer und Lehrer der Kantonsschule Pruntrut (41 Deutsch- und 12 Französischsprachende). Zwei Kollegen, die während des Schuldienstes aus dem BLV ausgetreten waren, wurden auf Empfehlung des Kantonalvorstandes wieder aufgenommen. Es betrifft dies *Serge Moeschler*, Lehrer am Seminar Pruntrut, und *Dr. Fritz Müller*, Direktor des Seminars Thun.

Ausführlich äusserte sich *Zentralsekretär Baumberger* hierauf zur *Mitgliedschaft der Stellenlosen*. Vorerst nahm er Stellung zu den Behauptungen, es würden immer mehr Lehrer auf die Mitgliedschaft in unserer Standesorganisation verzichten:

«Im Hinblick auf gewisse Pressemitteilungen und auf die Bestrebungen, einen Teil der bernischen Lehrerschaft ausserhalb unseres Vereins gewerkschaftlich zu organisieren, möchte ich hier auf folgendes hinweisen:

Seit langer Zeit dürfen wir Berner Lehrer stolz darauf sein, die Lehrer aller Schulstufen, vom Kindergarten bis zum Gymnasium, in einer freien und unabhängigen Gewerkschaft fast vollzählig organisiert zu haben. Mit unseren zehntausend Mitgliedern machen wir fast 40 % des Schweizerischen Lehrervereins aus. Bei uns gehört es zum guten Ton, im Lehrerverein mitzuarbeiten, oder mindestens durch das Bezahlen der Beiträge die vom Verein geleistete Arbeit mitzufinanzieren. Nichtmitglieder betrachten wir als «Schwarzfahrer», welche von den Anstrengungen anderer profitieren.

Diese Geschlossenheit ist unsere Kraft. Um sie zu ermöglichen, müssen wir politisch neutral sein. Die weltanschaulichen Meinungen unserer Mitglieder können in der demokratischen Auseinandersetzung um die Stellungnahme unseres Vereins zu einzelnen Projekten zur Geltung gebracht werden. Ein Aufsplittern der Lehrer in ideologisch ausgerichtete Gruppen müsste alle Teile schwächen. Das sieht man in den Ländern, wo mehr rechts und mehr links stehende Gruppierungen um die Gunst der Lehrer kämpfen und wo ein grosser Teil der zur Verfügung stehenden Kräfte für die Auseinandersetzung zwischen diesen Lehrergruppen verbraucht wird. Kürzlich konnte man in der Presse lesen, dass immer mehr Lehrer aus Protest aus unserem Verein austreten oder darauf verzichten, in diese bürgerliche Standesorganisation einzutreten. Das trifft nicht zu. Im vergangenen Schuljahr traten 3 Lehrkräfte aus Protest aus dem BLV aus, 4 wegen Doppelmitgliedschaften und 2 wegen des Übertritts zum VPOD. Das ist nicht ganz 1 Promille unserer Mitglieder. 5 Neugewählte sind nicht in den BLV eingetreten, wovon 3 auf der Gymnasialstufe unterrichten. 3 Lehrerinnen und ein Seminarlehrer haben bei der Wiederwahl nach einem Unterbruch bisher auf einen Wiedereintritt in den BLV verzichtet.

Im Wintersemester 1976/77 hatten wir 7634 Vollmitglieder, 227 mehr als im Vorjahr, 1070 Vertragsmitglieder und 1705 Veteranen.»

Die Organisation der Stellenlosen sei nicht tragfähig geworden, fuhr der *Zentralsekretär* fort; wegen mangelnder Unterstützung durch die eigenen Mitglieder habe sich die Gewerkschaft wieder aufgelöst. Nun müssten Lösungen gesucht werden, um den Verlust der Jungen

und die Gefahr einer Aufsplitterung in verschiedene Gewerkschaften zu verhindern. Bei seinen Orientierungen in den Seminaren habe er zum Teil harte Kritik am BLV als einem egoistischen Standesverein der Etablierten entgegennehmen müssen. Die Vorwürfe seien zwar nicht berechtigt gewesen, hätten aber bei unsern jungen Kollegen trotzdem gewirkt. Um auch die Stellenlosen als Mitglieder aufzunehmen, fehlten jedoch die statutarischen Grundlagen. Der Kantonalvorstand schlage eine Sondermitgliedschaft für die Stellenlosen vor, mit einer Versuchszeit von 2 Jahren:

1. Stellenlose Lehrer können dem BLV mit besonderen Vergünstigungen beitreten.
2. Der Semesterbeitrag für Stellenlose wird auf Fr. 7.50 festgesetzt. Er wird direkt an die Zentralkasse bezahlt. Die Mehrkosten werden aus den Mitteln für Massnahmen gegen den Lehrerüberfluss und zugunsten stellenloser Lehrer bezahlt.
3. In diesem Beitrag sind das verbilligte Jahresabonnement für die Schweizerische Lehrerzeitung/Berner Schulblatt/Schulpraxis, die Prämie für die Berufshaftpflichtversicherung und der Beitrag für die Fortbildung, nicht aber die Mitgliedschaft bei der Lohnersatzkasse inbegriffen.
4. Der BLV berät und unterstützt die Stellenlosen. Er organisiert für sie Kurse und Praktika und gewährt ihnen beim Besuch anderweitiger Fortbildungs- und Umschulungsgelegenheiten finanzielle Unterstützung.
5. Aus technischen Gründen treten die Stellenlosen nicht einer Sektion unseres Vereins bei, sondern bilden während einer Versuchsphase eine eigene Sektion «Stellenlose», die administrativ vom Zentralsekretariat verwaltet wird. Die Anmeldung erfolgt mittels besonders gekennzeichneten Karten.

Zu diesen Grundsätzen erhielten die Delegierten einen detaillierten Text des Kantonalvorstandes, aus dem hier lediglich die *Vorschläge für neu zu schaffende Mitgliederkategorien* mitgeteilt seien:

Die gegenwärtige Situation erfordert eine *dringende Überprüfung der Mitgliedschaft* für die *stellenlosen Lehrer*, für die *vielen Lehrer mit reduziertem Pensum* sowie für die *Stellvertreter*, welche *für weniger als ein Semester gewählt* sind.

Der Kantonalvorstand des BLV hat für eine Versuchsphase bis längstens zur ordentlichen Abgeordnetenversammlung 1979 folgende Regelung getroffen:

- a) *Stellenlose Lehrer*: Mitgliedschaft bei der Sektion «Stellenlose».
- b) *Definitiv oder provisorisch gewählte Lehrer* mit einem *Beschäftigungsgrad von 50 % und mehr* können nur Vollmitglieder werden.
- c) *Definitiv oder provisorisch gewählte Lehrer* mit einem *Beschäftigungsgrad unter 50 %* können dem BLV als Sondermitglieder beitreten. Sie werden von der BLV-Sektion aufgenommen, in der sie unterrichten. Wanderlehrer können wählen zwischen der Sektion, in welcher sie Wohnsitz haben oder derjenigen, in welcher sie die grösste Anzahl Lektionen erteilen. Neben dem Sektionsbeitrag entrichten sie den gleichen Beitrag an die Zentralkasse wie die Stellenlosen (Fr. 15.-). Sie werden in die Berufshaftpflichtversicherung des BLV eingeschlossen und erhalten die Vereinsorgane (zu Lasten des Fonds für die Stellenlosen). Sie können der Sektion «Stellenlose» *nicht* beitreten.

Auf Wunsch können sie Vollmitglieder werden, mit voller Beitragspflicht an die Zentralkasse. Sondermitglieder sind verpflichtet, Vollmitglied zu werden, sobald ihr Beschäftigungsgrad 50 % und mehr erreicht.

- d) *Stellvertreter*, welche *für kürzere Zeit als für ein Semester gewählt* sind, treten der Sektion «Stellenlose» bei.

Peter Javet, Kassier der Sektion Bern-Stadt, stellte hierauf den Antrag, die Neuregelung lediglich auf die Mitgliedschaft der Stellenlosen zu beschränken, die übrigen Bestimmungen jedoch zurückzustellen und an der Abgeordnetenversammlung vom kommenden Herbst in neuer Form vorzulegen, so dass ein Inkrafttreten auf Frühjahr 1978 in Frage käme. Er begründete dies mit dem Hinweis, dass die heutige Vorlage offenbar zu rasch erarbeitet worden sei; die Sektionsmitglieder nach alter Form hätten bereits ihre Beiträge bezahlt und es müsste alles neu geordnet und nachkassiert werden.

Moritz Baumberger antwortete darauf, man habe auch im Sekretariat Schwierigkeiten und Mehrarbeit mit dem Ausscheiden der Mitgliederkategorien, und es wäre einfacher, alles wie bisher bestehen zu lassen, doch seien wir es dem Verein und den Berufskollegen schuldig, den neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Im übrigen handle es sich bei diesem Vorschlag um eine *Versuchsphase*.

Nachdem P. Javet seinen Antrag nochmals formuliert und dieser ins Französische übersetzt worden war, meldeten sich weitere Kollegen zum Wort; der eine unterstützte den Antrag Javet, ein anderer wünschte den Begriff «Sondermitglied» in der Sektion «Stellenlose» gestrichen zu haben (was dann auch erfolgte), und ein weiterer trat wiederum für den Antrag der Vereinsleitung ein, nachdem Kantonalpräsident Perren erklärt hatte, man werde sich mit einer Verwerfung abfinden können, ohne dass da «ein Stein aus der Krone falle», hingegen wäre es besser, das ganze Paket zurückzuziehen, weil sonst zuviele Ungerechtigkeiten entstünden.

Nach der Bekanntgabe, dass sich der Kantonalvorstand mit der gewünschten Beschränkung des Textes betreffend Berufshaftpflichtversicherung einverstanden erklären könne, wurde abgestimmt. Ergebnis: *Mit 95:20 Stimmen wurde der Antrag der Vereinsleitung angenommen.*

Den Bericht des Kantonalvorstandes über die **Massnahmen gegen den Lehrerüberfluss**

erstattete unser Adjunkt und Redaktor der Partie française des Berner Schulblattes, *Paul Simon*:

«Seit der a.o. Abgeordnetenversammlung vom 10. November 1976 in Biel war der BLV durch vier Vertreter an der Arbeit in der Arbeitsgruppe der ED «Massnahmen zur Bekämpfung der Stellenlosigkeit» beteiligt. Deren Weiterbestehen hing vom Entscheid des Grossen Rates im November 1976 ab, den ausserordentlichen Kredit von Fr. 1400000.- zu bewilligen. Die Zustimmung des Grossen Rates erfolgte nur unter der Voraussetzung, dass die ED einen Bericht über die konkreten Massnahmen zur Bekämpfung des Lehrerüberflusses unterbreite.

Die erwähnte Arbeitsgruppe hat ihre beiden Sitzungen vom Dezember und Januar ausschliesslich der Redaktion dieses Rapports gewidmet; damit dieser den Grossräten rechtzeitig vor der Februarsitzung 1977 übergeben werden konnte.

Über alle Einzelheiten dieses Berichtes wurde im Amtlichen Schulblatt vom Januar 1977 orientiert.

Nach Prüfung des Stellenmarktes der Lehrer werden im Bericht die empfohlenen Massnahmen zur Bekämpfung der Stellenlosigkeit, die alle aufgezählt werden, gerechtfertigt. Der Arbeitsgruppe fiel dann die Arbeit zu, die Dringlichkeit der im Katalog vorgesehenen Massnahmen zu bestimmen, diese dann auf das Schuljahr 1977/78, unter Berücksichtigung aller den Stellenmarkt periodisch beeinflussenden Begebenheiten sowie der Zahl der Stellvertreter, zu verteilen.

Für den deutschsprachigen Kantonsteil hat die Arbeitsgruppe drei Arten von vordringlichen Massnahmen, die den Stellenlosen die Möglichkeit zu Stellvertretungen geben könnten, bestimmt:

- a) Fortbildungskurs für Stelleninhaber, die für eine Woche beurlaubt sind (Einführung von neuen Lehrmitteln in deutscher Sprache, Gymnastik und Physik für die Oberstufe, Vorbereitung einer Einheitsmethode für den Unterricht in der Muttersprache auf der Unter- und Mittelstufe, Werken und Gestalten für die Kindergärtnerinnen).
- b) Zurverfügungstellung von amtierenden Lehrern für die Ausführung von Spezialarbeiten (Lehrpläne, Lehrmittel, Ausarbeiten von Dokumentationen usw.).
- c) Zurverfügungstellung von Kindergärtnerinnen für Spezialaufgaben.

Für den französischsprachigen Kantonsteil hat die Arbeitsgruppe folgende vordringlichen Massnahmen vorgesehen:

- a) Einsatz von Stellenlosen für die Vertretung von beurlaubten Lehrern.
- b) Fortbildungskurse für beurlaubte amtierende Lehrer.
- c) Seminar für Übungslehrer.
- d) Werken/Gestalten und Umwelt: Eine Kurswoche für Lehrerinnen des 1. und 2. Schuljahres und für Arbeitslehrerinnen.

Die Gesamtheit dieser vordringlichen Massnahmen sollte den jungen Stellenlosen die Möglichkeit zur Übernahme von Stellvertretungen geben, bei denen sie nach und nach die Beziehung zum erwählten Beruf, den sie leider noch nicht ausüben können, erhalten sollen.

Zum Schluss noch ein Wort zur Lage der Primarlehrer, Sekundarlehrer und Kindergärtnerinnen, die dieses Frühjahr patentiert wurden (Stichtag 25. März 1977). Diese Zahlen schwanken sehr stark. Man muss sie mit grösster Zurückhaltung interpretieren.

Auf 186 Patentierte sind 101 provisorisch oder definitiv gewählt worden, 33 werden Stellvertretungen, 6 eine mit der Lehrtätigkeit verwandte Arbeit übernehmen, 31 haben vorderhand auf das Schulegehen wegen Weiterstudiums, wegen Auslandsaufenthalts oder Umschulung verzichtet, und 15 von ihnen haben weder einen Posten noch eine Stellvertretung gefunden. Auf 342 patentierte Lehrerinnen sind 137 gewählt, 73 werden Stellvertretungen und 12 eine mit der Lehrtätigkeit verwandte Arbeit übernehmen, 62 verzichten vorderhand auf eine Lehrstelle, und 58 sind tatsächlich ohne Stelle und ohne Möglichkeit, eine Stellvertretung übernehmen zu können. Bei den Sekundarlehrern sind 122 patentiert worden, 93 sind gewählt, 17 werden eine Stellvertretung übernehmen, einer übt eine andere Tätigkeit aus, 7 verzichten vorderhand auf ihren Beruf und 4 bleiben stellenlos. Bei den Kindergärtnerinnen sind 90 patentiert worden, 22 sind

gewählt, 21 haben eine Stellvertretung gefunden, 11 sind in andern Berufen tätig, 15 verzichten vorderhand auf ihren Beruf und 21 sind stellenlos. Für den Jura sind die Zahlen noch nicht bekannt. Im Januar 1977 standen ungefähr 30 Primarlehrer den Schulinspektoren für Stellvertretungen zur Verfügung. Ende Juni werden ungefähr 100 Lehrer und Lehrerinnen patentiert, so dass man voraussichtlich mit rund 130 Stellenlosen rechnen muss.»

Nach der Bekanntgabe dieses Berichts wandte sich Kollege Grossrat Viktor Boss, Grindelwald, an die Versammelten. Die Teilpensenlösung, so führte er aus, scheine sich in der Stadt und in Stadtnähe zu bewähren. Leider sehe es jedoch auf dem Lande ganz anders aus. Die jungen Lehrer, denen die Teilpensen übertragen worden seien, zögen demnächst in die Rekrutenschule, und Stellvertreter für sie stünden, wie man auf der Erziehungsdirektion erfahren könne, keine zur Verfügung. In die bernische Schule sei infolge des neuen Pensensystems eine grosse Unruhe eingekehrt.

Seine Ausführungen, denen sich keine weiteren anschlossen, waren gleichsam die Verbindung zum nächsten Traktandum:

Zusatzlektionen

Kantonalpräsident Perren beruhigte den Kollegen aus dem Oberland insofern, als er ihm versicherte, dem Problem werde in der Vereinsleitung grösste Aufmerksamkeit geschenkt. Er verwies auf die im Berner Schulblatt vom 1. April 1977 erschienenen *Richtlinien* und kommentierte diese, ehe zur Abstimmung geschritten wurde, folgendermassen:

«Die Ergebnisse der Umfrage sind am 25. März 1977 im Berner Schulblatt erschienen, versehen mit einem ausführlichen Kommentar unseres Zentralsekretärs. Es geht hier nicht um Wiederholung; ich versuche, Akzente zu setzen.

Die *Beteiligung* war mit rund 5000 Stimmenden sehr gut, wenn man die ungünstige Zeit der Skilager und Aufnahmeprüfungen und die kleine Zahl zur Verfügung stehender Tage berücksichtigt.

Das *Thema der Umfrage* war brisant: der BLV ist ein Verein der Amtierenden, deren Interessen mit jenen der Stellenlosen nicht parallel laufen. Umso schöner bestätigen die Ergebnisse die Solidarität der Gewählten mit den Arbeitsuchenden, ihren zukünftigen Kollegen.

Die Tatsache von 5500 *Wochenlektionen*, abgetreten an die Stellenlosen, ist erfreulich, bedeutet sie doch Praxiserfahrung für 200–300 Lehrerinnen und Lehrer. Mehr als 6 Millionen Franken – und diese Lohnsumme entspricht den abgetretenen Lektionen – sind damit zur Bekämpfung der Stellenlosigkeit frei geworden. Das lässt sich sehen.

Vermutete *Probleme* sind durch die Umfrage als tatsächliche bestätigt worden. Sie sind nicht leichtfertig hinzunehmen. In den *Richtlinien betreffend Zusatzlektionen* bittet der Kantonalvorstand um den Auftrag, entsprechend handeln zu können.»

Im weiteren führte Hans Perren aus, die Umfrage unter der Lehrerschaft habe die Haltung des BLV in den Verhandlungen um das neue Lehrerbesoldungsgesetz bestätigt («Wie bisher ist der BLV daran interessiert, dass die Lehrer nicht zu viele Zusatzlektionen erteilen müssen»). Mit der Annahme der «*Richtlinien*» erhalte die Leitung des BLV den Auftrag, sich für die Erhaltung der zwei

Zusatzlektionen einzusetzen; sie erlaubten, im Sinne einer Manövriermasse eine bessere Abstimmung der Stundenpläne im Schulhaus. Ferner möchte sich der BLV dafür einsetzen, dass über 50jährige Lehrkräfte auch dann Altersentlastung erhalten, wenn sie kein Vollpensum mehr unterrichten, womit eine flexiblere Altersentlastung möglich würde. «Die Richtlinien» enthalten auch die Forderung nach einer gerechten Entschädigung für wieder zu übernehmende Zusatzlektionen. Dieses Begehren sei praktisch bereits erfüllt. Mit Datum vom 22. März 1977 habe die Erziehungsdirektion mitgeteilt (Perren zitierte auszugsweise):

«Die kantonale Konferenz der Schulinspektoren hat ... beschlossen:

- dass in begründeten Fällen ... bei denen keine anderen Möglichkeiten in Aussicht genommen werden können, Ausnahmegewilligungen erteilt werden sollen, wobei die ... Lektionen in die Angaben der Pensenmeldung aufzunehmen sind;
- ... (wo) ... während des Semesters noch Lösungen gefunden werden können, eine Bewilligung ... im Sinne eines Provisoriums ausgestellt werden soll, ... Entschädigung mittels Unterrichtskontrolle für nicht regelmässig während des ganzen Semesters erteilten Unterricht ...
- In allen Fällen von Stellvertretung ... ist die Entschädigung nach den Bestimmungen der Stellvertretungsverordnung ... auszurichten ...»

Noch nicht gelöst und deshalb in die «Richtlinien» aufgenommen worden sei die Frage der Wegentschädigung für die Wanderlehrer sowie die Einführung einer gewissen Bandbreite, die das starre Pensen-Besoldungssystem auflockern und damit Lohnschwankungen verhindern könnte. Und was die Herabsetzung des Pensionierungsalters betreffe, würden bereits Unterlagen zusammengestellt, um das Problem gemeinsam mit Staat und Lehrerversicherungskasse zu prüfen.

Nach diesen Ausführungen wurden die *Richtlinien betreffend Zusatzlektionen der Lehrer einstimmig angenommen.*

Als nächstes Geschäft nahm die Abgeordnetenversammlung einen

Bericht des Kantonalvorstandes zur Primarlehrerbildung

entgegen. *Paul Simon* führte aus:

«An der Abgeordnetenversammlung vom 10. November 1976 in Biel haben Sie einstimmig eine Resolution betreffend den Bericht 'Lehrerbildung im Kanton Bern' genehmigt. Sie haben die Bildung der Arbeitsgruppen der ED unterstützt. Der BLV ist in diesen Arbeitsgruppen angemessen vertreten. Die Mitglieder orientieren die Leitung des BLV über den Stand der Arbeiten, daraus ergibt sich die Möglichkeit, zu dem Problem der Initialausbildung und der Weiterbildungsphase Stellung zu nehmen, bevor die Behörden Entscheidungen gefasst haben.

Sofort nach der Abgeordnetenversammlung hat der BLV eine interne Arbeitsgruppe gebildet, die beauftragt war, einen Problemerkatalog über die Initialausbildung der Lehrer zu erstellen. Diese ausführliche Arbeit wurde im Berner Schulblatt Nr. 6 vom 11. Februar 1977 mit einem Fragenkatalog publiziert. Es haben 19 Sektionen (Vorstände oder Arbeitsgruppen), 9 Lehrerkonferenzen und 2 Einzelmitglieder geantwortet.

Das Ergebnis der Stellungnahme kann als sehr positiv gewertet werden. Wir werden in einem weiteren Bericht mehr auf die Resultate dieser wichtigen Umfrage eingehen.

Es ist wichtig beizufügen, dass die Stellungnahme der Lehrer auf unsere Umfrage durch unsere Vertreter in der Arbeitsgruppe der ED den Verantwortlichen der Planung der Initialausbildung übergeben wurde.

Die ganze Arbeit stand unter Zeitdruck. Im Februar 1977 wurden die Projektgruppen nominiert, die mit der Herstellung eines Lehrplanes für die Initialausbildung beauftragt wurden. Der BLV hat 2 Kollegen für den deutschen und 2 Kollegen für den französischen Kantonsteil delegiert.

Im Dezember 1976 hat die ED die Leitung des BLV zur Stellungnahme zum Entwurf des RRB betreffend Planung der Weiterbildungsphase eingeladen. Der BLV äusserte seine Anmerkungen und Einwände über diesen Entwurf, der nicht in allen Punkten der Politik unseres Vereins entsprach.

Unsere Einwände wurden bei der Überarbeitung des Entwurfes berücksichtigt. Da wir den definitiven Text noch nicht kennen, sind wir auf den Wortlaut der endgültigen Fassung gespannt.

Die Fachgruppen müssen so gebildet werden, dass die Planung der verschiedenen Fächer für die Initialausbildung Ende Juni 1977 beendet werden kann.

Diese Frist muss eingehalten werden, damit das Reformprojekt der Lehrerbildung zur rechten Zeit dem Grossen Rat, der letztlich darüber befinden muss, unterbreitet werden kann.

Ich erinnere erneut daran, dass der BLV seit Beginn der Planung in der Arbeitsgruppe beteiligt ist. Diese überwachte die durch die beiden Projektgruppen (je eine pro Sprachregion) und durch die Fachgruppen geleistete Arbeit.

Am 31. März dieses Jahres hat die Projektgruppe für den deutschen Kantonsteil ihren Bericht veröffentlicht, zu dem der BLV bis zum 18. Mai Stellung nehmen kann.

An der nächsten Besprechung mit der Erziehungsdirektion wird der BLV nochmals auf die beschränkte Bewegungsfreiheit hinweisen, da er gegenüber den Mitgliedern verpflichtet ist durch

- die Resultate der Abstimmung an der Abgeordnetenversammlung vom 23. April 1975,
- die Resolution der Abgeordnetenversammlung in Biel vom 10. November 1976 (inklusive Begleitbrief an die ED),
- die Diskussion vom 15. Dezember 1976 betreffend die Weiterbildungsphase mit der ED,
- die Umfrage über die 5jährige Initialausbildung im Berner Schulblatt vom Februar 1977.

Wir sind überzeugt, dass die Behörden unserem Standpunkt Rechnung tragen werden, damit die Reform der Primarlehrerbildung den Wünschen derjenigen entspricht, die trotz einer nur vierjährigen, oft noch um ein Semester gekürzten Ausbildung ihren schwierigen Beruf ausüben, wir meinen die Wünsche der Praktiker, der Primarlehrerinnen und Primarlehrer.»

Nach diesen Ausführungen sah sich der Präsident der Sektion Biel, *Hansruedi Stauffer*, veranlasst, dagegen zu protestieren, dass wiederum eine Vernehmlassungsfrist von nur 4 Wochen eingeräumt worden sei. Zu diskutie-

ren und eine Versammlung einzuberufen, sei nicht möglich gewesen. Kantonalpräsident *Hans Perren* antwortete ihm, sein Protest sei berechtigt. Damit die Angelegenheit im September im Grossen Rat zur Behandlung kommen könne, stünden vor allem aber die Mitglieder des Leitenden Ausschusses und des Kantonalvorstandes unter Druck, indem übers Wochenende oft 50 Seiten und mehr Akten zu studieren seien.

Das Provisorium der Herausgabe der

«Schulpraxis» als Beilage der Schweizerischen Lehrerzeitung

geht im Dezember zu Ende. Im Berner Schulblatt vom 1. April 1977 hat der Kantonalvorstand zur Kenntnis gegeben, wie er sich eine Fortsetzung vorstellt. Bevor über diesen Antrag abgestimmt wurde, gab der Präsident des Leitenden Ausschusses, *Dr. Hans Frey*, einige Erläuterungen:

«Die leitenden Organe des BLV und des SLV empfehlen Ihnen nun, dieses Provisorium zu einer dauernden Einrichtung zu machen, und die Modalitäten für die Integration der Berner Schulpraxis in die SLZ sind in der vorliegenden Form vom ZV SLV und KV BLV angenommen worden. Die Bestimmungen dieser Vereinbarung entsprechen in den uns wesentlich scheinenden Teilen der Verantwortlichkeit für die Schulpraxis den während der Versuchsphase geltenden Bestimmungen, und im Bereich der finanziellen Verpflichtungen der beiden Seiten sind die Bestimmungen aufgrund der Erfahrungen während der Versuchsphase neu festgelegt worden.

Einwände gegen die Integration oder den neuen Erscheinungsmodus sind uns und dem Redaktor der 'Schulpraxis', Herrn Hans Rudolf Egli, kaum zugekommen. Sie betrafen zum Teil das neue Format – das aber bessere Gestaltungsmöglichkeiten zulässt – und die verschiedenen graphischen Titelformen, die im Verlauf der Versuchsphase ausprobiert wurden, wie auch die Art des Zusammenheftens der verschiedenen Teile einer Sendung. Dafür ist, wie wir glauben, in der Form, die nun für dieses Jahr festgelegt wurde, eine gute Lösung gefunden worden. Sie haben gleichzeitig mit der Nummer 13/14 des Berner Schulblattes, in der die Vereinbarung über die 'Schulpraxis' abgedruckt ist, die letzte Nummer der 'Schulpraxis' erhalten (Thema: Unterrichtsmedien), beide Teile separat geheftet, so dass die 'Schulpraxis' nicht 'von Beilagen zu befreien ist', und Sie können auf der Titelseite feststellen, dass die 'Schulpraxis' ausdrücklich als 'Monatsschrift des Bernischen Lehrervereins' bezeichnet ist. Der Titel unserer 'Berner Schulpraxis' hiess im übrigen immer nur 'Schulpraxis', der Zusatz des Wortes 'Berner' wurde ihr nur im Gespräch oder auch im Text der Vereinbarung gegeben, um ihre Herkunft zu betonen.

Das Titelblatt weist die 'Schulpraxis' überall bei den Lesern der SLZ als *Bernischen Beitrag* aus und sollte mithelfen, im SLV das Gewicht der Berner Sektion nicht nur als zahlenmässiges Gewicht gegen aussen in Erscheinung treten zu lassen, sondern auch als wesentlichen Beitrag im Bereich der Schulwirklichkeit und des Schulalltags, für den die 'Schulpraxis' eine Hilfe sein will.»

Die anschliessende Abstimmung ergab eine einstimmige Annahme der Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen und dem Bernischen Lehrerverein.

Wie allgemein bekannt sein dürfte, arbeitet eine Kommission des BLV (unter Leitung von Dr. Hans Frey) an Modellen für eine

Neue Struktur für die Organisation des BLV.

Den einzelnen Lehrergruppen soll bessere Interessenvertretung und mehr Minderheitenschutz ermöglicht werden und die gesamte Lehrerschaft jene Geschlossenheit erreichen, die Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken ist. Kommissionspräsident *Hans Frey* gab folgenden Bericht:

«Der Ausgleich der verschiedenen Tendenzen, einerseits nach Straffung und Integration (dies verlangte der Antrag der Sektion Köniz an die AV 1972), andererseits nach Verselbständigung der Stufenorganisationen, ist keine leichte Aufgabe: wer die Geschichte des BLV von der Gründungszeit Ende des 19. Jahrhunderts bis heute verfolgt, stellt fest, dass diese Tendenzen immer da gewesen sind, und dass es bis heute nicht gelungen ist, eine alle Gruppen befriedigende Lösung zu finden; immerhin darf man auch sagen, dass die Einheit der bernischen Lehrerschaft und ihr von Anfang an recht guter Organisationsgrad mehr in Erscheinung treten als trennende Bewegungen, und dass früher und heute der Bernische Lehrerverein dadurch, dass er eben fast alle Lehrer und Lehrerinnen, die im Kanton Bern unterrichten, umfasste und umfasst, in allen Schulfragen immer ein wesentliches Gewicht hatte, im Kanton und auch z. B. innerhalb des SLV, und dann, wenn er in seinen Forderungen einig war, auch immer viel erreichen konnte.

Wer daran geht, Modelle für eine neue Vereinsstruktur zu schaffen, wie es die Aufgabe der Strukturkommission war, wird bald feststellen, dass Modelle, die nur grobe Richtlinien festlegen (und dadurch natürlich sehr einleuchtend oder gar bestechend sein können) bei einer etwas genaueren Prüfung sich als nicht realisierbar erweisen oder bei einer Realisierung nicht das erreichen, was sie versprochen haben. Deshalb war die Arbeit der Strukturkommission sehr langwierig, und die nun vorgelegten 2 Modelle (die ihrerseits noch gewisse Varianten enthalten) sind das Ergebnis vieler Kompromisse, die die betreffenden Arbeitsgruppen eingegangen sind.

Die Strukturkommission hat diese beiden Modelle mit ergänzenden Bemerkungen dem KV BLV abgeliefert, und an der Sitzung vom 20. April 1977 hat der KV das Vorgehen der Vernehmlassung in einer ersten Phase genehmigt.

Die anschliessende materielle Vernehmlassung (voraussichtlich Herbst/Winter 1977) wird sich zunächst an dieselben Gremien richten, bevor eine Vernehmlassung in den Sektionen vor sich gehen kann, da das weitere Vorgehen weitgehend von der Stellungnahme der angeschlossenen Verbände abhängt, die in allen Formen der von der Kommission vorgeschlagenen Strukturmodelle einen Teil der jetzigen Selbständigkeit aufgeben müssen.»

Für die Kollegen des Süd-Jura sprach in dieser Angelegenheit *Yves Monnin, Bienne*:

Als Präsident der Sektion Bienne-La Neuveville erinnerte er die Versammlung zuerst daran, dass die drei Sektionen von Bienne-La Neuveville, Courtelary und Moutier am 12. März 1976 im Prinzip die Gründung eines Landesteilverbandes im Sinne von Art. 23^{ter} der BLV-Statuten beschlossen haben.

Seitdem habe sich eine Kommission an die Arbeit gemacht und einen Statutenentwurf ausgearbeitet, der die Gründung eines Landesteilverbandes, genannt «Société des enseignants du Jura bernois» (SEJB), innerhalb des BLV vorsehe. Dieser pädagogische und gewerkschaftliche Verband werde die bisherigen Aufgaben der SPJ übernehmen; er werde eine Sektion der SPR bilden, über Entscheidungskompetenzen für regionale Fragen verfügen und beim BLV Antragsrecht haben.

Der Statutenentwurf wird in den Versammlungen der drei Sektionen des Südjuras diskutiert werden, dann wird er dem KV BLV und den verschiedenen betroffenen Verbänden unterbreitet.

Die Statutenkommission wird dann einen definitiven Entwurf erarbeiten, der dem KV BLV unterbreitet und zur Genehmigung einer Generalversammlung der Lehrkräfte der drei Ämter des Südjuras vorgelegt wird. Übergangsbestimmungen sehen die Gründung eines provisorischen Vorstandes vor. Seine Hauptaufgaben sind:

- die zukünftigen Organe der SEJB vorbereiten,
- Stellungnahme zu Geschäften, die nur die Kollegen der drei Ämter Bienne-La Neuveville, Courtelary und Moutier interessieren.

Über die

Versicherung provisorisch gewählter Lehrer

orientierte *Zentralsekretär Baumberger*:

«Lange Zeit bevor die betriebliche Vorsorge, die sogenannte 2. Säule, Arbeitnehmer aller Berufe gegen die wirtschaftlichen Folgen von Invalidität, Alter und Tod schützte, wurden die Lehrer um ihre Pensionsversicherung beneidet. Der Staat als Arbeitgeber und die Lehrer als Arbeitnehmer haben in der Bernischen Lehrerversicherungskasse ein imponierendes Werk geschaffen, das aber einen grossen Mangel aufweist: Provisorisch gewählte Lehrer können nicht Mitglied werden, ihnen fehlt ein wesentliches Stück der heute so weit verbreiteten sozialen Sicherheit. Dieser Mangel betrifft heute Hunderte von Lehrern. Deren Zahl nimmt mit der in den letzten Jahren entstandenen Situation im Schulwesen massiv zu.

Lange Zeit meinte man, das Bundesobligatorium für die 2. Säule würde diesen Mangel von selbst beseitigen. Weil der Staat als Arbeitgeber hier sehr grosse Summen an Arbeitgeberbeiträgen einsparen kann, hatte er kein Interesse, diese provisorisch gewählten Angestellten in die Versicherung einzubeziehen. An uns als Arbeitnehmerorganisation war es deshalb, für Abhilfe zu sorgen.

Wir haben auf den 1. April 1977 mit einer Versicherungsgesellschaft einen Vertrag geschlossen, der es unseren Vereinsmitgliedern ermöglicht, sich für eine Todesfallsumme und für eine Invalidenrente versichern zu lassen. Weil der Staat keine Arbeitgeberbeiträge zahlt, wäre für das Mitglied eine Altersrente zu teuer geworden. Wir hoffen, dass in absehbarer Zeit das Bundesobligatorium diese Lücke schliesst. Andernfalls müssten wir auf politischem Weg den provisorisch gewählten Lehrern die Möglichkeit für den Eintritt in die Lehrerversicherungskasse zu erwirken suchen.

Die neue Versicherung ist freiwillig und wird von den betroffenen Mitgliedern selber finanziert. Der BLV ermöglicht ihnen einen günstigen Kollektivtarif. Der Staat

hat den Abzug der Prämien durch das Personalamt aufgrund eines Zahlungsauftrages des Mitgliedes ermöglicht.

Wir glauben, mit dieser einfachen Lösung eine gute Sache geschaffen zu haben und unseren Vereinsmitgliedern damit einen wertvollen Dienst zu leisten.»

Kollege *Stauffer, Biel*, ersuchte hierauf den Kantonalvorstand, zu versuchen, dass die provisorisch Gewählten auch in die Lehrerversicherungskasse aufgenommen werden können, worauf ihm der Zentralsekretär antworten musste, dass dies eine Revision des Kassendekretes durch das Parlament bedingte sowie eine Revision der Statuten, was 1 bis 2 Jahre beanspruchen könnte. Vorläufig heisse es das Obligatorium der 2. Säule abwarten. Falls ein solches nicht eingeführt werde, sei es Auftrag des BLV, sich für die provisorischen Inhaber von Lehrstellen im verlangten Sinne einzusetzen.

Die beiden Wahlvorschläge für die Aufsichtskommission der

Lohnersatzkasse

wurden auf Antrag des Kantonalvorstandes gutgeheissen: *François Bachofner, Biel*, und *Heinrich Schütz, Bern*.

Art. 11 des Reglementes über die Lohnersatzkasse

musste ergänzt werden, um auch das Personal des Zentralsekretariates versichern zu können. Ferner galt es, eine Übergangsbestimmung gutzuheissen. Beides wurde einstimmig angenommen, nachdem *Hans Indermühle, Präsident*, wie folgt orientiert hatte:

«Zu Art. 11: Der Kantonalvorstand hat an die Aufsichtskommission das Begehren gestellt, die Lohnersatzkasse des BLV möchte die Besoldungen der Angestellten des Zentralsekretariates im selben Umfang und für die gleichen Möglichkeiten versichern wie die Besoldungen der Lehrer.

Art. 11 verlangt als Voraussetzung für die Mitgliedschaft bei der LEK die *Vollmitgliedschaft* beim BLV.

Dies trifft nun aber nur für einige Angestellte zu. Für die andern muss eine besondere Regelung getroffen werden. Die Aufsichtskommission schlägt Ihnen darum vor, den Absatz 1 des Art. 11 um folgenden Zusatz zu erweitern: „Die Angestellten des Zentralsekretariates werden analog der Vollmitglieder behandelt.“

Übergangsbestimmung III

In Art. 17 sind die versicherten Besoldungsbestandteile aufgeführt.

Gegen Zusatzprämien waren ursprünglich die Entschädigungen für Zusatzlektionen und Funktionen in der Schulverwaltung versicherbar.

Vor einem Jahr wurde durch die Übergangsbestimmung III die Entrichtung einer Zusatzprämie fallen gelassen, weil dadurch das Inkasso stark vereinfacht werden konnte.

Heute möchten wir nun beantragen, dass, in Anpassung an die Abänderung der „Verordnung über die Pflichtlektionen der Lehrer“, für alle Mitglieder nur noch zwei Zusatzlektionen versicherbar sind.

Dies betrifft auch die Lehrer an Berufsschulen, denen in ihrer Verordnung nach wie vor vier Zusatzlektionen gestattet wären.

Wir erwarten von dieser Regelung unter anderem auch eine finanzielle Entlastung der LEK, waren doch die Ausgaben für verlorene Entschädigungen absolut und relativ hoch. Sie war zudem bis zu einem gewissen Grad unsozial, weil mehr als 40 % der Mitglieder keine Zusatzlektionen erteilten.

Unser Antrag lautet:

Zu den in Art. 17 aufgezählten Besoldungsbestandteilen hinzu sind folgende ohne weitere Meldung und ohne Mehrprämie versichert

- b) die Entschädigungen für zusätzliche und für unregelmässig erteilte Lektionen gemäss VO vom 22. August 1973 / 18. Juni 1975, höchstens aber für 2 Wochenlektionen.

Auf diesen Zeitpunkt hin sollte ein total revidiertes Reglement Nr. 6 in Kraft treten.

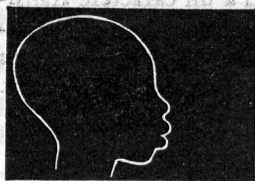
Beide Beschlüsse sind, wie alle Übergangsbestimmungen, bis zum 30. Juni 1978 gültig.»

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Das jeweiligen letzte Traktandum der Geschäftsliste veranlasste Präsident *Fritz Gerber* mitzuteilen, dass ein Brief, das Pensionierungsalter betreffend, eingegangen sei, jedoch ohne Unterschrift und ohne Datum; man könne somit auf eine Stellungnahme verzichten. Im weiteren machte er auf die nächste Nummer der Schweizerischen Lehrerzeitung aufmerksam, die u.a. das «Manifest zur Charta 77» zum Thema habe, wobei auch Unterschriften gesammelt würden. Ferner ersuchte er die Mitglieder des Kantonalvorstandes, nach dem Mittagessen im Bahnhofbuffet nochmals zu einer kurzen Sitzung zusammenzutreten.

Hierauf meldete sich einzig Kollege *Dr. Richard Grob, Bern*, zum Wort, indem er die Delegierten ersuchte, eine Konsultativabstimmung vorzunehmen, mit welcher abgeklärt werden könnte, ob es nicht wünschenswert wäre, dass der Zentralsekretär dem Grossen Rat angehört. Es sei grundsätzlich ein Mangel, dass unser Geschäftsführer nicht Parlamentarier sei, denn die amtierenden Lehrer als Grossräte gerieten gerne in ein schiefes Licht, wenn sie eigene Interessen vertreten. Für welche Parteizugehörigkeit sich der Zentralsekretär entschlösse, spiele keine Rolle, da im BLV alle politischen Gruppierungen vertreten seien und der Verein als solcher politisch neutral sei. Präsident Gerber liess abstimmen, mit dem Ergebnis, dass niemand die Konsultativabstimmung wünschte, worauf die Delegiertenversammlung um 12.15 Uhr geschlossen werden konnte.

Der beauftragte Berichtersteller: *Hans Adam*



NYAFARU-SCHULHILFE
BLV

PC Bern 30-9130

Alle Kolleginnen und Kollegen, die sich für das Schicksal Nyafarus und Rhodesiens interessieren, möchten wir herzlich zu folgender Veranstaltung einladen:

Donnerstag, 16. Juni 1977, 20 Uhr

Rhodesien – Simbabwe, persönlicher Bericht zweier Augenzeugen

Im Kirchgemeindehaus der Petruskirche, Brunnadernstrasse 40, Bern sprechen die zwei Immensee-Missionare Markus Isenegger und Walter Kaufmann (mit Lichtbilderkommentar) über die neuste Lage in Rhodesien.

Seit einigen Jahren arbeiten wir mit dem Missionshaus Bethlehem in Immensee zusammen. Es setzt sich in Rhodesien unter anderem auch für unsere Tangwenakinder aus Nyafaru ein und hilft bei der Bezahlung ihres Schulgeldes mit. Die Missionsarbeit ist in diesem Land durch die politischen Wirren zwischen Schwarz und Weiss ganz besonders kompromittiert. Wir hören in den Massenmedien von Überfällen der Guerillas auf katholische Missionsstationen, von Entführungen von Kindern aus Missionsschulen an die Kriegsfront. Ist das wahr oder nur eine Art psychologischer Kriegsführung? Die beiden Referenten können uns darüber Aufschluss geben.

Am 13. Mai ist ein Bericht unseres Schweizer Vertrauensmannes J. E. eingetroffen, der für die Verteilung unseres Geldes an die Tangwenakinder in Missionsschulen besorgt ist. Danach befinden sich im laufenden Jahr 118 Tangwenakinder an Primar- und weitere 12 Kinder an Sekundarschulen. Die Namenliste dieser Patenschüler ist ebenfalls angelangt. J. E. schreibt uns wörtlich:

«Ich möchte Ihnen und den Berner Lehrerinnen und Lehrern von ganzem Herzen danken für die Fr. 15 000.—, welche sie bereits für die Schulung von Tangwenakindern zusammengesteuert und überwiesen haben. (Wir schicken den Betrag aus der letztjährigen Lehreraktion von Fr. 30 000.— in zwei Raten, im Frühling und Herbst 1977./ Bemerkung des Unterzeichners.) Ihre grossherzige Spende ist inzwischen hier eingetroffen. Sie hat in rhodesischer Währung die Summe von 3658.53 Dollars ergeben bei einem Wechselkurs von 4.10.— Das ganze Gebiet, in dem die verschiedenen Missionen mit den Tangwenakindern liegen, ist in der Kriegszone, und die sich im Gebiet befindenden Guerillas sind sehr zahlreich. Aus verschiedenen Gründen kann es dazukommen, dass die eine oder andere Mission im Gebiet geschlossen werden muss. Wir müssen also von Monat zu Monat sehen, wie es mit der Plazierung der Tangwenakinder weitergeht. Auch wird die Verbindung mit diesen Missionen immer schwieriger. Kürzlich mussten ein Priester der Avila Mission und der Rektor einer in der Nähe befindlichen anglikanischen Sekundarschule vor Gericht erscheinen, weil sie angeblich die Anwesenheit von Guerillas nicht gemeldet und diese sogar gepflegt hatten. Sie kamen mit einer bedingt erlassenen Strafe davon, aber die vielen Afrikaner, die des Gleichen beschuldigt werden, kommen nicht ohne mehrere Jahre Gefängnisstrafe weg. Leider wird auch hier mit zwei verschiedenen Massen gemessen. Die Bitterkeit wächst und macht eine versöhnlichere Lösung unter den Rassen immer unmöglicher.

Ihre Unterstützung in dieser schweren Lage ist uns ein grosser Lichtblick, und wir danken allen Spendern von ganzem Herzen – J. E.»

Für die Nyafaru-Schulhilfe:

Ueli Lüthi, 3506 Grosshöchstetten

Ecole normale de Delémont

25 ans d'enseignement

Nous avons le plaisir de signaler que M^{me} Elisabeth Sterchi, responsable de formation des maîtresses d'ouvrages à l'Ecole normale de Delémont, vient de fêter ses 25 ans d'enseignement. C'est en effet le 1^{er} avril 1952 que M^{me} Sterchi a commencé son enseignement dans diverses classes de la région. Cinq années plus tard, soit le 1^{er} avril 1957, elle était engagée maîtresse principale à temps partiel par l'Ecole normale de Delémont. Depuis lors, c'est elle qui assure la formation technique et méthodologique des candidates à l'enseignement des ouvrages.

Préavis

Assemblée extraordinaire des trois sections du Jura-Nord

Le Comité provisoire du Syndicat des enseignants du futur canton du Jura prévoit une assemblée extraordinaire des trois sections du Jura-Nord le mercredi 29 juin 1977, à 17 heures, à Bassecourt.

L'ordre du jour ainsi que le lieu exact de l'assemblée seront communiqués ultérieurement.

Le Comité provisoire du SEJ

Formation initiale des enseignants primaires

(Partie francophone du canton)

Les groupes de travail chargés de planifier la formation initiale en cinq ans des enseignants primaires ont soumis, à fin mars 1977, leur rapport à la DIP. Avant de poursuivre le travail de planification par la mise sur pied des différents groupes chargés d'élaborer le curriculum de chaque discipline, la DIP a prié la SEB de prendre position sur les deux rapports (un par région linguistique) et cela jusqu'au 18 mai 1977.

Ces délais extrêmement courts n'ont pas permis à notre organisation une large consultation des milieux concernés. Néanmoins, les responsables tant des sections que de la SPJ ont été associés aux réflexions des dirigeants de la SEB et la prise de position que nous publions dans ce numéro est le résultat de toutes ces démarches.

Signalons d'autre part que le projet pour la partie francophone du canton ne concerne évidemment que les trois districts du Jura-Sud et les écoles romandes de la ville de Bienne.

Prise de position de la SEB

Préambule

La Société des enseignants bernois et plus particulièrement ses trois sections du Jura-Sud et les membres du CC/SPJ de cette région remercient le groupe de travail de

leur avoir donné l'occasion de prendre position sur le rapport concernant la formation initiale des enseignants, la grille des heures d'enseignement et les éléments pour une définition des objectifs de l'école normale.

Rappel

La SEB s'en tient à la position prise par son Assemblée des délégués du 10 novembre 1976 à Bienne et contenue dans la Résolution que nous avons transmise à la DIP:

- La formation des enseignants en cinq ans ne peut être qu'une *solution transitoire*. L'objectif final doit rester une formation en six ans.
- Il y a lieu de planifier la formation en cinq ans de telle sorte qu'elle soit déclarée valable et qu'elle réponde aux objectifs définis pour la formation des enseignants pour le cas où les instances politiques s'opposeraient à la phase de formation complémentaire et à la période d'encadrement institutionnalisé.
- A l'issue de la formation initiale en cinq ans, le jeune enseignant doit pouvoir conduire sa classe de façon autonome. Aucune restriction concernant son éligibilité ne saurait être posée. Il reçoit un brevet définitif.
- La formation initiale en cinq ans doit permettre le passage à l'université.

Le rapport

Page 4

Le groupe de travail met clairement en évidence les *options contradictoires* comprises dans le champ de la réforme de la formation des enseignants.

Nous comprenons fort bien qu'il est plus difficile de planifier la formation initiale en cinq ans, pour la partie francophone, en tenant compte du modèle retenu par le groupe de travail de la DIP.

Le groupe de travail admet que la solution proposée pour la partie francophone du canton sera *hybride* du point de vue des options fondamentales (page 16).

En voulant tenir compte de tous les éléments sans vouloir aller jusqu'au fond du problème, on risque de retrouver le même type de formation qu'actuellement. L'objectif final qui est de renouveler et d'améliorer la formation ne serait donc pas atteint. On n'aurait donc réalisé qu'une prolongation du temps d'études actuel, voire une dilution des leçons actuelles sur un programme de cinq ans.

Les enseignants de la partie francophone du canton ne peuvent donner leur accord à la solution préconisée par le groupe de travail que si celle-ci a un caractère transitoire. Nous pensons également avec les auteurs du rapport (page 18, point 16) que les modifications apportées devront être rediscutées à plus ou moins brève échéance.

Remarques générales

Page 9, point 10.4.1

Il ne suffit pas de décrire des objectifs uniquement en termes comportementaux. Il s'agit d'aller plus loin vers une définition plus cognitive de ces objectifs.

Nous admettons le nombre de leçons hebdomadaires tel que le propose le groupe de travail. Néanmoins, il faut éviter de fixer d'une façon par trop rigide le temps du *travail personnel* (devoirs, etc.). Une norme aussi rigide devient rapidement irréaliste et ne tient pas compte des besoins d'assimilation des différentes disciplines.

Page 19, point 18.2. Importance des médiations

Pour réaliser ces deux «médiations», seule la formation par l'EN peut valablement entrer en ligne de compte. Ceci, une fois de plus, milite en faveur de la formation des enseignants par l'EN, pour autant bien entendu que celle-ci soit améliorée et renouvelée.

Page 41, point 22d)

Nous partageons également l'avis du groupe de travail «que la réalisation des objectifs, partant l'amélioration de la formation, dépendent des formateurs et de la collaboration qu'ils sont capables d'instaurer entre eux dans le cadre d'un processus global d'éducation».

Nous soutenons donc l'idée des congés de perfectionnement des maîtres aux EN et de la possibilité offerte au maître de méthodologie d'enseigner lui-même pendant un certain temps à l'école primaire de façon récurrente.

Projet de la grille des heures d'enseignement

Activités créatrices manuelles

La distinction très nette entre l'enseignement dispensé aux filles et aux garçons correspond-il encore au plan d'études romand?

Philosophie

L'enseignement de la philosophie, combinée avec celui de la religion, pendant la formation professionnelle, aurait l'avantage de susciter une réflexion philosophique indispensable à la compréhension des sciences pédagogiques et psychologiques.

Deuxième langue étrangère

Nous soutenons l'introduction de l'étude obligatoire d'une deuxième langue étrangère car elle va dans le sens de notre politique qui est de faciliter au maximum l'accès des normaliens et des normaliennes aux différentes facultés de l'université.

Stages de sensibilisation

Cette nouveauté nous paraît être un progrès plus théorique que réellement pratique.

Dessin technique

On devrait donner plus d'importance à cette branche, en procurant aux normaliens la possibilité de suivre un cours à option leur permettant d'obtenir le droit à l'enseignement de cette branche.

Formation professionnelle théorique

Il semble que l'on aurait pu augmenter tant soit peu le nombre d'heures d'enseignement de la psychologie.

Méthodologie

L'enseignement de la méthodologie par le maître d'application permettait une bonne interaction théorie-pratique. Le fait de confier cet enseignement aux maîtres d'EN repose tout le problème de leur formation. A cet effet, nous soutenons l'idée des stages des maîtres d'EN dans les classes de l'école primaire. Pour l'enseignement de cette branche, la préférence devrait alors être donnée à des maîtres d'EN ayant auparavant pratiqué leur profession à l'école primaire.

Cahier des charges des maîtres à l'EN

Un allègement tel que le propose le groupe de travail nous paraît justifié.

Page 44, point 22.2

A part le fait de codifier par des chiffres le temps imparti au travail personnel (cf. notre remarque point 19), ce chapitre «Structuration de la formation» nous paraît extrêmement important et nous partageons entièrement l'avis du groupe de travail concernant la nécessité d'une coopération et d'une concertation entre les maîtres des différentes disciplines lors de la définition des objectifs et des contenus de chaque curriculum. Cette collaboration nous paraît l'élément fondamental sur lequel repose le succès de la réforme projetée.

Nous demandons au groupe de travail de prévoir également une participation effective des normaliens et normaliennes dans ce travail de définition des objectifs et des contenus de chaque curriculum.

En guise de conclusion, nous souhaitons que la réforme envisagée ne représente pas «qu'un simple processus additif et que sa valeur ne soit pas forcément dépendante de facteurs quantitatifs». Nous estimons donc que la réforme de la formation est avant tout justifiée par des motifs pédagogiques et par le souci de la revaloriser afin qu'elle réponde toujours mieux aux objectifs fondamentaux et actuels de l'école.

Berne, le 17 mai 1977

Société des enseignants bernois

Le président: H. Perren

Le secrétaire: M. Baumberger

Mitteilungen des Sekretariates

Besprechung mit der Erziehungsdirektion

Dienstag, 17. Mai 1977, 14.30–17.30 Uhr, in den neuen Räumen der Erziehungsdirektion im Marzili

Teilnehmer

Von der Erziehungsdirektion: Die Herren Urs Kramer, Hans Ulrich Bratschi und Hanspeter Riesen; vom BLV: Frl. Judith Imer und die Herren Hans Perren, Hans Frey, Kurt Gilgen, Moritz Baumberger und Paul Simon.

Communications du Secrétariat

Compte rendu de l'entrevue avec la Direction de l'instruction publique

Mardi 17 mai 1977, 14 h. 30 à 17 h. 30, dans les nouveaux locaux de la Direction de l'instruction publique, au Marzili.

Participants

Pour la Direction de l'instruction publique: MM. Urs Kramer, Hans Ulrich Bratschi et Hanspeter Riesen; pour la SEB: M^{lle} Judith Imer et MM. Hans Perren, Hans Frey, Kurt Gilgen, Moritz Baumberger et Paul Simon.

Herr Erziehungsdirektor Kohler befindet sich auf dem Weg der Besserung, hat aber seine Arbeit noch nicht wieder aufnehmen können. Der Präsident BLV wünschte ihm gute Genesung. Der stellvertretende Erziehungsdirektor, Herr Regierungsrat Schneider, und der 1. Direktionssekretär, Herr Max Keller, mussten sich wegen anderweitiger Beanspruchung entschuldigen lassen.

1. Reform der Primarlehrerbildung

Hans Perren übergab der Erziehungsdirektion die Stellungnahme des BLV zu Bericht und Anträgen der Projektgruppe für den deutschen Kantonsteil. Die Stellungnahme ist im Berner Schulblatt vom 20. Mai 1977 vollständig veröffentlicht worden. Der Kantonalpräsident wies darauf hin, dass die kurzen Vernehmlassungsfristen in der Lehrerschaft ein Gefühl der Ohnmacht und des Überfahrenwerdens wecken. Die Reform kann nur Erfolg haben, wenn sie von den Lehrern, besonders auch von den Seminarlehrern, mitgetragen wird. Wir brauchen Zeit, um die Probleme zu diskutieren und uns mehrheitlich auf bestimmte Vorschläge zu einigen. Kurt Gilgen, Präsident des Verbandes Bernischer Kantonsschul- und Seminarlehrer dankte für das Entgegenkommen der Erziehungsdirektion, welches nach der Vernehmlassung in den einzelnen Seminaren nun noch den Versuch einer Einigung zwischen den Seminaren ermöglicht. Bisher wurden die Reformpläne von aussen an die Seminare herangetragen. Soll die Reform im Seminarunterricht wirksam sein, so müssen nun die Seminarlehrer direkt beteiligt werden, damit sie sich mit dem Neuen vertraut machen können und damit ihre Erfahrungen in die Reform einfließen.

Darum ist es ihr wichtigstes Anliegen, dass die neue Ausbildung nicht einfach von oben nach unten dekretiert wird, sondern sich als Prozess von unten nach oben entwickelt. Kurt Gilgen fragte, wie weit die Reform auch für private Seminare verbindlich sei und wie die ED sich zum Einbau der Rekrutenschule stelle.

Paul Simon übergab anschliessend die Stellungnahme der Lehrer aus dem Südjura zu den für diesen Kantonsteil geltenden Reformvorschlägen. Er wies besonders darauf hin, dass in der Berufsbildung, speziell im Methodikunterricht, eine enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis gesichert sein muss. Die möglichen Formen des Unterrichts und die Darbietung des Stoffes sollen von der Schulwirklichkeit her gelernt und überdacht und nicht aus schulfremden Überlegungen abgeleitet werden.

In seiner Antwort betonte Urs Kramer die Wichtigkeit, die von Seiten der Erziehungsdirektion den Stellungnahmen der Lehrer beigemessen wird. In der laufenden Reform müssen alle Beteiligten einen Lernprozess durchmachen. So hat beispielsweise die Erziehungsdirektion wegen der Bedeutsamkeit der Ergebnisse in Bericht und Anträgen der Projektgruppen eine ursprünglich nicht vorgesehene Vernehmlassung dazu durchgeführt. Die kurzen Fristen sind vom Ziel her gegeben: Im September 1977 muss die Botschaft an den Grossen Rat vorliegen, wenn wir im Frühling 1978 mit der neuen Ausbildung beginnen wollen. Die Erziehungsdirektion muss versuchen, die unterschiedlichen Interessen verschiedenster Gruppen auszugleichen, damit der Verlängerung der Initialausbildung auf fünf Jahre dann zugestimmt wird. Deshalb appelliert sie an die Fachlehrer, nicht nur ihre Fachinteressen zu vertreten, sondern immer das Ganze mitzubedenken. Wichtig wird auch die Reaktion der An-

Le directeur de l'Instruction publique, M. S. Kohler, n'a pas encore pu reprendre son travail, mais son état de santé s'améliore. Le président de la SEB lui souhaite un prompt rétablissement. Le remplaçant du directeur de l'Instruction publique, le conseiller d'Etat Schneider, ainsi que le premier secrétaire de la Direction, M. Max Keller, se font excuser, étant retenus par d'autres obligations.

1. Réforme de la formation des enseignants primaires

Hans Perren remet à la Direction de l'instruction publique la prise de position de la SEB concernant le rapport et les propositions du groupe de planification pour la partie alémanique du canton. Cette prise de position a paru in extenso dans l'«Ecole bernoise» du 20 mai 1977. Le président du Comité cantonal souligne le fait que les délais de consultation trop courts ont éveillé dans le corps enseignant un sentiment d'impuissance. La réforme ne peut réussir que si les enseignants la prennent en charge et, plus spécialement, les maîtres aux écoles normales. La discussion des problèmes ainsi que l'accord d'une large majorité sur des propositions précises nécessite bien du temps. Kurt Gilgen, président de l'Association des maîtres aux écoles cantonales et normales, remercie la DIP d'avoir fait un pas de plus en direction des enseignants aux écoles normales en rendant possible, après la consultation, une tentative d'accord entre les différentes écoles normales. Jusqu'à présent, les projets de réforme leur ont toujours été imposés du dehors. Si l'on désire que la réforme soit efficace, les maîtres aux écoles normales doivent y participer directement afin qu'ils puissent accepter les nouveautés dans un climat de confiance et qu'ils puissent également influencer la réforme par leurs expériences.

Il est donc de première importance pour eux que la nouvelle formation ne soit pas décrétée de haut en bas, mais qu'elle se développe en un processus évoluant de bas en haut. Kurt Gilgen demande à la DIP jusqu'à quel point la réforme engage les écoles normales privées et quelle est la position de la DIP concernant l'intégration de l'école de recrues dans la formation.

Paul Simon remet ensuite la prise de position des enseignants du Jura-Sud concernant les propositions de réforme valables pour cette partie du canton. Il signale tout spécialement qu'on doit assurer dans la formation professionnelle, spécialement dans l'enseignement de la méthodologie, une étroite relation entre la théorie et la pratique. Les formes possibles d'enseignement et les contenus doivent être appris et pensés à partir de la réalité scolaire et ne pas découler de considérations étrangères à l'école.

Dans sa réponse, Urs Kramer dit combien la Direction de l'instruction publique attachait d'importance aux prises de position des enseignants. Dans la réforme en cours, toutes les instances concernées doivent pouvoir s'adapter constamment. Ainsi, la Direction de l'instruction publique par exemple a, vu l'importance des résultats, organisé une consultation sur le rapport et les propositions du groupe de projets, consultation qui n'était pas prévue à l'origine. Les délais brefs sont imposés par le but que l'on poursuit: en septembre 1977 le message au Grand Conseil doit être prêt si nous voulons commencer avec la nouvelle formation au printemps 1978. La Direction de l'instruction publique doit tenter de rapprocher les intérêts divergents des différents groupements, afin que la prolongation de la formation initiale à cinq ans puisse être approuvée. Pour cette raison, elle en appelle

wärter für die neue Ausbildung sein. Wird die Verlängerung abschreckend wirken, oder werden die Verbesserungen gute Schüler anziehen? Viele Schüler und Eltern werden sich auch weiterhin durch die Sekundarlehrer beraten lassen.

Die Bestimmungen für die neue Ausbildung werden auch in den privaten Seminaren Anwendung finden müssen. In bezug auf die Rekrutenschule ist die Situation heute noch unklar. Die Forderungen verschiedener Gruppen sind einander entgegengesetzt.

Hanspeter Riesen wies darauf hin, dass jede Planung eine Spannung braucht. Deshalb würde sich wahrscheinlich das Hinausschieben der Entscheide, um längere Fristen zu gewinnen, nicht als Vorteil erweisen.

2. Die Weiterausbildung

Der Regierungsratsbeschluss vom 27. April 1977 zur Planung der Weiterbildungsphase ist gegenüber dem zwischen ED und BLV besprochenen Entwurf unter anderem durch einen Hinweis auf «die Vorschläge der Arbeitsgruppe Lehrerbildung» ergänzt worden.

Moritz Baumberger hielt fest, dass damit die Planung nicht auf die im Bericht der Arbeitsgruppe dargelegten, zum Teil widersprüchlichen Ideen festgelegt sein dürfe. Die Lehrerschaft hat nicht diesen Ideen zugestimmt, sondern nur dem Planen von Alternativvorschlägen für eine rekurrente Weiterausbildung.

Die Vertreter der ED bestätigten ihre Übereinstimmung mit diesem Verständnis des Textes.

3. Fortbildungszentren und Semesterkurse

In Spiez wird ein Sport- und Fortbildungszentrum für 30 Millionen Franken geplant. Im Südjura arbeitet eine Kommission an einem Projekt für ein Fortbildungs- und Begegnungszentrum. Die Zentralstellen für Lehrerfortbildung bereiten einen Regierungsratsbeschluss für die Planung von Semesterkursen für die Lehrer vor. Paul Simon und Hans Perren fragten, inwieweit diese Bemühungen koordiniert werden und wie die Planung verläuft.

Urs Kramer antwortete, dass die zwei ersten Projekte die Lehrer nur wenig berühren. In Spiez liegt das Hauptgewicht auf dem Sport, im Südjura sind neben den verschiedenen Lehrerkategorien vor allem die Berufsbildung und kulturelle Organisationen direkt interessiert. Bei den Semesterkursen ist aus personellen Gründen eine Verzögerung von ungefähr einem halben Jahr eingetreten. Mit der Grobplanung ist Hans Rudolf Lanker in Zusammenarbeit mit Willy Jeanneret beauftragt. Der Lehrerverein wird rechtzeitig orientiert werden. Es ist ein offenes und pragmatisches Vorgehen vorgesehen, das den betroffenen Lehrern die Mitsprache ermöglicht.

4. Richtlinien des BLV betreffend Zusatzlektionen der Lehrer

Die von der Abgeordnetenversammlung BLV beschlossenen Richtlinien verlangen Aktionen von Lehrerverein und Behörden (siehe Berner Schulblatt vom 1. April 1977, Seite 131). Einerseits soll zwar die neue Regelung mit der beschränkten Zahl von Zusatzlektionen ausprobiert werden, andererseits müssen wir aber bestimmte Verbesserungen anstreben.

Nach einer Orientierung durch Moritz Baumberger einigten sich die beiden Partner darauf, dass der Lehrerverein zu den einzelnen Problemkreisen Vorschläge ausarbeitet, die dann die Grundlage von weiteren Gesprächen zwischen ED und BLV sein können.

aux maîtres de branches afin qu'ils ne représentent pas seulement les intérêts spécifiques à leur branche mais qu'ils considèrent l'ensemble du problème. Importante aussi sera la réaction des candidats à la nouvelle formation. La prolongation des études agira-t-elle comme un obstacle ou bien les améliorations attireront-elles les bons élèves? Bien des élèves et des parents s'en référeront, comme par le passé, à l'avis des maîtres secondaires.

Les dispositions pour la nouvelle formation devront pouvoir trouver leur application également dans les écoles normales privées. La situation n'est pas encore clarifiée à propos de l'école de recrues. Les exigences de différents groupements sont opposées.

Hanspeter Riesen souligne que toute planification est soumise à une certaine tension. Aussi le report des décisions dans le but d'obtenir des délais plus longs n'est pas forcément un avantage.

2. Formation complémentaire

L'Arrêté du Conseil exécutif du 27 avril 1977 sur la planification de la phase de formation complémentaire, dont le projet avait été discuté entre la DIP et la SEB, a été complété entre autres par un renvoi aux «Propositions du groupe de travail Formation des enseignants».

Moritz Baumberger maintient que la planification de cette phase de formation complémentaire ne devrait pas être basée sur les idées, partiellement contradictoires, exposées dans le rapport du groupe de travail. Le corps enseignant n'a pas approuvé ces idées, mais il a donné son feu vert à l'élaboration de propositions variées pour une formation complémentaire récurrente.

Les représentants de la DIP confirment leur accord avec cette interprétation du texte.

3. Centres de perfectionnement et cours semestriels

Un projet d'un coût total de 30 millions de francs pour la construction d'un centre sportif et de perfectionnement est prévu à Spiez. Dans le Jura-Sud, une commission travaille à un projet de Centre de perfectionnement et de rencontres. Les Centres de perfectionnement du canton préparent un Arrêté du Conseil exécutif pour la planification de cours semestriels pour les enseignants. Paul Simon et Hans Perren demandent à la DIP dans quelle mesure ces efforts sont coordonnés et où en est la planification.

Urs Kramer répond que les deux premiers projets n'intéressent les enseignants que d'une manière indirecte. A Spiez l'accent est mis sur le sport. Dans le Jura-Sud ce sont la formation professionnelle et les organisations culturelles les premières intéressées, en plus des différentes catégories d'enseignants. S'agissant des cours semestriels, un retard d'une demi-année a été pris et cela pour des raisons personnelles. Hans Rudolf Lanker a été chargé, en collaboration avec Willy Jeanneret, de la planification générale. La Société des enseignants bernois sera informée à temps. On prévoit une procédure ouverte et pragmatique qui assure aux enseignants concernés le droit de participation.

4. Ligne de conduite de la SEB à propos des leçons supplémentaires des enseignants

La ligne de conduite adoptée par l'Assemblée des délégués de la SEB exige que tant la Société des enseignants que les autorités agissent (voir «Ecole bernoise» du 1^{er} avril 1977, page 131). D'une part nous devons expérimenter la nouvelle réglementation comprenant un nom-

5. Klassengrösse

Der Grosse Rat hat ein Postulat von Frau Hamm angenommen, welches die Erziehungsdirektion verpflichtet, Massnahmen in bezug auf allzugrosse Schulklassen zu prüfen. Mit der eingereichten Initiative für kleinere Schulklassen wird die Frage wohl vor das Volk kommen. Über das Ziel sind sich alle einig, nicht aber über den einzuschlagenden Weg.

Hans Frey schlug im Auftrag des BLV vor, die internen Richtlinien der ED über die Teilung von Schulklassen in der Weise zu ergänzen, dass ein oberer und ein unterer Bereich abgegrenzt werden, in welchen das Teilen oder Schliessen der Schulklasse von Amtes wegen in Zusammenarbeit mit der Schulkommission und der Lehrerschaft überprüft werden muss, und gleichzeitig die von der Erziehungsdirektorenkonferenz empfohlene Klassengrösse als Richtlinie für die «Normalgrösse» festzuhalten.

Urs Kramer bestätigte das Ziel der Erziehungsdirektion, unter Normalbedingungen eine Klassengrösse von 25 Schülern (plus/minus 20 %) zu erreichen, aber auch den kleinen Gemeinden ihre Schulen zu erhalten und besondere Umstände berücksichtigen zu können. Hanspeter Riesen erklärte die Bereitschaft, möglichst rasch Klassen mit über 30 Schülern zum Verschwinden zu bringen.

Hans Perren betonte, wie wichtig es sei, möglichst überall Verhältnisse zu schaffen, mit denen Eltern und Schüler, Behörden und Lehrer zufrieden sind.

Der BLV wird der Erziehungsdirektion ein Arbeitspapier zu seinem Vorschlag unterbreiten.

Die nächste Besprechung wird voraussichtlich nach den Sommerferien stattfinden. Dieser Bericht wurde vor der Drucklegung den Beteiligten unterbreitet.

Der Berichterstatter: *Moritz Baumberger*

Aus den Verhandlungen des Kantonalvorstandes BLV

Sitzung vom 21. Mai 1977

Vorsitz: Hans Perren

Anstelle von Frau Baumgartner wird in Zukunft Frl. Rentsch die Hauswirtschaftslehrerinnen an den Sitzungen des Kantonalvorstandes BLV vertreten.

Statutenentwurf für einen Regionalverband Südjura

Die drei südjurassischen Sektionen haben einen Statutenentwurf für einen Regionalverband gemäss Art. 23^{bis} und 23^{ter} unserer Statuten ausgearbeitet und in eine erste Vernehmlassung geschickt. Sie werden nach der Kantonsteilung eine eigene Sektion in der Société pédagogique romande bilden und haben auch in bezug auf die Reform der Lehrerausbildung und die Ecole romande

bre réduit de leçons supplémentaires, d'autre part nous devons tendre vers des améliorations précises.

Après quelques informations données par Moritz Baumberger, les deux partenaires sont d'avis que la Société des enseignants bernois doit élaborer des propositions concernant les différents problèmes soulevés. Ces propositions pourront alors constituer une base de discussion ultérieure entre la DIP et la SEB.

5. Effectif des classes

Le Grand Conseil vient d'accepter un postulat de Mme Hamm qui oblige la Direction de l'instruction publique d'étudier les mesures tendant à supprimer les classes surchargées. Comme, d'autre part, l'initiative pour des classes plus petites a abouti, cette question sera soumise au peuple. Tout le monde soutient le but poursuivi; les avis divergent à propos de la voie à suivre.

Au nom de la SEB, Hans Frey propose de compléter comme suit les directives internes de la DIP concernant le dédoublement de classes: il s'agit de fixer une marge à l'intérieur de laquelle le dédoublement ou la fermeture d'une classe doit être examiné d'office en collaboration avec la commission d'école et le corps enseignant; en même temps l'effectif recommandé par la Conférence des directeurs d'instruction publique doit être établi comme chiffre de référence pour «un effectif normal».

Urs Kramer confirme que le but de la Direction de l'instruction publique est d'atteindre, dans des conditions normales, un effectif de 25 élèves (plus ou moins 20 %). Le but de la DIP consiste à pouvoir également faciliter le maintien d'écoles dans de petites communes et ainsi pouvoir tenir compte de circonstances spéciales. Hanspeter Riesen se déclare prêt à faire disparaître le plus rapidement possible les classes comptant un effectif supérieur à 30 élèves.

Hans Perren insiste sur l'importance qu'il y a de créer partout où cela est possible des conditions de travail satisfaisantes autant pour les parents et les élèves que pour les autorités et les enseignants.

La SEB soumettra à la Direction de l'instruction publique un document de travail concernant ce point.

La prochaine séance aura lieu vraisemblablement après les vacances d'été. Ce rapport a été soumis aux participants avant son impression.

Le responsable de la rédaction: *Moritz Baumberger*

Adaptation française: *Paul Simon*

Extrait des délibérations du Comité cantonal SEB

Séance du 21 mai 1977

Présidence: Hans Perren

M^{lle} Rentsch représentera, à l'avenir, les maîtresses ménagères aux séances du Comité cantonal de la SEB; elle remplacera dans cette fonction M^{me} Baumgartner.

Projet de statuts pour une Association régionale du Jura-Sud

Les trois sections du Jura-Sud viennent d'élaborer un projet de statuts pour une Association régionale, conformément aux articles 23^{bis} et 23^{ter} de nos statuts. Ce projet nous a été soumis pour une première consultation. Après la séparation politique du Jura-Nord, ces trois sections formeront une section autonome de la Société pédagogique romande et devront représenter leurs propres inté-

besondere Interessen zu vertreten. Deshalb ist ein solcher Regionalverband nötig, auch wenn gegenwärtig die Struktur der Lehrerorganisationen im BLV grundsätzlich überprüft wird.

Der Kantonalvorstand wies darauf hin, dass die Autonomie eines Regionalverbandes innerhalb unseres Vereins nur eine beschränkte sein könne. Er machte auf einige Probleme in bezug auf die Statuten BLV aufmerksam und schlug eine andere Numerierung der Artikel vor.

Besprechung mit der Erziehungsdirektion

Hans Perren orientierte den Kantonalvorstand über die Besprechung ED-BLV vom 17. Mai 1977. Ein Bericht darüber erscheint im Berner Schulblatt (s. Seite 233).

Der Kantonalvorstand des Mittellehrervereins hatte in einem Brief gewünscht, mit einer eigenen Vertretung an diesen Besprechungen teilnehmen zu können, wenn Interessen der Sekundarlehrer betroffen seien.

Die Stufenorganisationen werden jeweils aufgefordert, Traktanden anzumelden. Sie werden auch über die gemachten Vorschläge orientiert und haben so die Möglichkeit, eine eigene Vertretung zu wünschen. Ist eine Lehrerkategorie besonders betroffen, so wird ihre Organisation aufgefordert, einen Vertreter zu nennen. So war beispielsweise der Präsident BMV auf Einladung des BLV anwesend, als am 18. Januar 1977 über die Revision des Primarschul- und des Mittelschulgesetzes gesprochen wurde. Wenn jedoch jede Stufenorganisation ihre eigenen Interessen gegenüber der Erziehungsdirektion selber vertreten will, kann der BLV seine Funktion als Vertreter aller Lehrerkategorien nicht mehr ausüben.

Bericht «Structures scolaires»

Eine jurassische Arbeitsgruppe hat in einem Bericht vorgeschlagen, auch im Jura Gesamtschulversuche durchzuführen. Die Pädagogische Kommission BLV hat eine Stellungnahme zum Bericht entworfen, die vom Leitenden Ausschuss etwas überarbeitet dem Kantonalvorstand zur Genehmigung unterbreitet wurde. Darin wird zwar der Wunsch nach Schulversuchen unterstützt, um dem französischsprachigen Kantonsteil die Gleichberechtigung zu gewähren, aber auch deutlich darauf hingewiesen, dass die Gesamtschulidee an Anziehungskraft verloren habe und dass dem deutschsprachigen Kantonsteil nicht ein Schulsystem aufgezwungen werden dürfe, das hier abgelehnt werde.

Wiederwahlprobleme

Die drei südjurassischen Sektionen haben eine Erklärung ausgearbeitet, welche in den Sektionsversammlungen verlesen werden soll. Darin werden die Mitglieder darauf hingewiesen, dass sie die Wiederwahl von Kollegen nicht gefährden dürfen, dass der Lehrer sich gegenüber Schülern jeder direkten oder indirekten politischen Agitation zu enthalten habe und dass der BLV jeden Fall einer Nichtwiederwahl einzeln prüfen müsse.

Richtlinien für eine Vereinspolitik SLV

Der Kantonalvorstand diskutierte ein Arbeitspapier mit Anregungen zuhanden der Kommission, die im Schweizerischen Lehrerverein einen Entwurf von Richtlinien für die Vereinspolitik ausarbeitet.

Primarlehrerkommission

Auf Ende Juni treten Ernst Bodenmann und Hans Indermühle aus der Primarlehrerkommission zurück. Der

rêts, en particulier dans les domaines de la réforme de la formation des enseignants et de l'Ecole romande. Aussi une telle Association régionale est-elle nécessaire, même si, pour le moment, la structure des organisations d'enseignants est réétudiée fondamentalement.

Le Comité cantonal souligne que l'autonomie d'une Association régionale ne peut être que limitée dans le cadre de notre Société. Il rend attentif la Commission des statuts de la SEJB à certains points des statuts SEB et propose enfin une autre numérotation des articles.

Discussion avec la Direction de l'instruction publique

Hans Perren informe le Comité cantonal des discussions qui ont eu lieu le 17 mai 1977 entre des délégations de la DIP et de la SEB. Un rapport paraît à ce propos dans l'«Ecole bernoise» (voir page 233).

Le Comité cantonal de la Société des maîtres aux écoles moyennes avait exprimé le désir, dans une lettre, de pouvoir prendre part à ces discussions avec sa propre délégation, lorsque les intérêts des maîtres secondaires étaient en jeu.

Les organisations affiliées sont chaque fois invitées à annoncer les points qu'elles souhaitent voir figurer à l'ordre du jour. Elles sont informées des propositions faites et ont ainsi la possibilité de souhaiter avoir leur propre représentation. Si une catégorie d'enseignants est spécialement touchée, son organisation est invitée à désigner un représentant à la discussion. Ainsi, par exemple, le président SBMEM était présent, sur invitation de la SEB, lorsque, le 18 janvier 1977, il fut question de la révision des lois sur l'école primaire et sur les écoles moyennes. Si, en dépit de cela, chaque organisation affiliée veut représenter elle-même ses intérêts particuliers vis-à-vis de la Direction de l'instruction publique, la SEB ne pourra plus exercer sa fonction de représentante de toutes les organisations d'enseignants.

Rapport «Structures scolaires»

Un groupe de travail jurassien a proposé, dans un rapport, d'expérimenter également dans le Jura deux modèles d'école globale. La Commission pédagogique de la SEB a esquissé une prise de position concernant ce rapport, prise de position qui a été ensuite revue au Comité directeur pour être soumise pour approbation au Comité cantonal. La SEB soutient certes l'idée d'expérimenter certains modèles d'école globale et cela pour garantir à la partie française du canton les mêmes droits. La SEB souligne toutefois clairement que l'idée d'école globale a perdu de sa force attractive et qu'il ne faudrait pas imposer à la partie alémanique un système scolaire auquel elle serait opposée.

Problèmes de réélection

Les trois sections du Jura-Sud ont élaboré une déclaration qui doit être lue à l'occasion des prochaines assemblées de section. Le texte de cette déclaration souligne que les membres de la SEB ne doivent pas compromettre la réélection de collègues, que l'enseignant doit s'abstenir de toute agitation politique directe ou indirecte envers ses élèves et que la SEB examinera séparément chaque cas de non-réélection.

Ligne de conduite pour une politique de la SLV

Le Comité cantonal discute un document de travail contenant des suggestions destinées à la commission qui doit élaborer, au sein de l'Association suisse des ensei-

Kantonalpräsident dankte ihnen für ihre wertvolle Arbeit. Auf Vorschlag der Primarlehrer-Präsidentenkonferenz wählte der Kantonalvorstand an ihre Stelle Armin Schütz, Burgdorf, und Edmund Zenger, Bern. Ruth Solà, Biel, wird den Sitz einnehmen, der während Jahren für die französischsprachigen Kollegen freigehalten worden war.

Wohnsitzpflicht

Auf Antrag der Sektion Biel wird unser Rechtsberater abklären, ob die von der Stadt Biel beschlossenen Aufgaben bezüglich Wohnsitz von Stellenbewerbern rechtlich zulässig sind. Sie stehen im Widerspruch zur Resolution, die vom Schweizerischen Lehrerverein in der letzten Delegiertenversammlung beschlossen worden ist.

Vorsteherentlastung

Die Vereinigung der Primarschulvorsteher hat angesichts der heute bestehenden Unterschiede zwischen Primar- und Mittelschulen und unter Hinweis auf die mit der Reduktion der Zusatzlektionenzahl erneut gestiegene Belastung durch administrative Arbeiten eine Überprüfung der Zahl der Entlastungslektionen verlangt. Der BLV hatte alle betroffenen Gruppen zu einem Gespräch eingeladen, um ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen. Dieses Gespräch konnte nicht stattfinden, weil ein Teil der Eingeladenen es für unzweckmässig hielt. So beschloss der Kantonalvorstand, den Antrag der Primarschulvorsteher unverändert an die Erziehungsdirektion zu schicken.

Revision PSG/MSG

Im März hatte der Kantonalvorstand BLV der Veröffentlichung des Schlussberichtes der BLV-Kommission Primarschulgesetz/Mittelschulgesetz zugestimmt (siehe Berner Schulblatt vom 15. April 1977). Nach gründlicher Prüfung war die aus zwei Gymnasiallehrern, zwei Sekundarlehrern und zwei Primarlehrern zusammengesetzte Gruppe zur Überzeugung gelangt, dass der heutige Zustand der Gesetze eine Erneuerung, wie sie zum Beispiel durch die vom Grossen Rat angenommene Motion Deppler verlangt wird, rechtfertigt und dass der BLV nach Abschluss der gegenwärtig laufenden Revision die Möglichkeit einer umfassenden Überarbeitung der Schulgesetzgebung abklären solle.

Weil der Kantonalvorstand BMV vermutet, dass hier «in nächster Zeit versucht werden soll, über eine Gesetzesrevision eine Strukturreform der bernischen Schule einzuleiten», wandte er sich in einem Schreiben an die Erziehungsdirektion gegen einige Ansichten, die von der Kommission in ihrem Schlussbericht geäussert worden waren (siehe Berner Schulblatt vom 27. Mai 1977).

Die Leitung des BLV beschloss, einige Punkte im Schreiben des BMV richtigzustellen und diesen darauf hinzuweisen, dass sein Vorgehen negative Folgen für das Wirken der Lehrerorganisationen haben könne.

Sekretariat BLV: *Moritz Baumberger*

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Paul Simon, rue des Sommières 15, 2726 Saignelégier, téléphone 039 51 17 74.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

gnants, un projet de ligne de conduite pour une politique de la SLV.

Commission des enseignants primaires

A fin juin, Ernst Bodenmann et Hans Indermühle arrivent au terme de leur mandat à la Commission des enseignants primaires. Le président cantonal les remercie de leur précieux travail. Sur proposition de la Conférence des présidents d'enseignants primaires, le Comité cantonal nommé à leur place Armin Schütz, Berthoud, et Edmund Zenger, Berne. Ruth Solà de Bienne occupera le siège qui a été laissé vacant pour le Jura pendant des années.

Obligation d'élire domicile dans la commune

Sur proposition de la section de Bienne, notre conseiller juridique examinera si les nouvelles dispositions décidées par la ville de Bienne réglementant le lieu de domicile des enseignants qui postulent une place sont juridiquement admissibles. Elles sont en contradiction avec la résolution votée à la dernière assemblée des délégués de l'Association suisse des enseignants.

Allégement des directeurs d'école

Au vu des différences existant actuellement entre les écoles primaires et moyennes et parce que la réduction du nombre de leçons supplémentaires a augmenté d'une façon considérable le travail administratif, la Conférence des directeurs d'école primaire a demandé qu'on examine à nouveau le nombre des leçons d'allégement. La SEB avait invité tous les groupements concernés à discuter en commun ces propositions afin de permettre une démarche commune. Cette discussion n'a pas pu avoir lieu car une partie des personnes invitées la considérait comme inopportune. Le Comité cantonal décide alors de transmettre à la Direction de l'instruction publique la proposition des directeurs d'école primaire sans la modifier.

Révision des lois scolaires

En mars dernier, le Comité cantonal de la SEB a approuvé la publication du rapport final de la Commission SEB «Lois sur l'école primaire et les écoles moyennes» (cf. «Ecole bernoise» du 15 avril 1977). Après un examen sérieux de la question, le groupe formé de deux maîtres de gymnase, de deux maîtres secondaires et de deux maîtres primaires était convaincu que l'état actuel des lois justifiait une révision telle qu'elle avait été exigée par exemple dans la motion Deppler que le Grand Conseil avait acceptée. Le groupe était également d'avis qu'au terme de la révision actuellement en cours, la SEB devait avoir la possibilité de se prononcer sur l'opportunité d'une révision complète de la législation scolaire.

Parce que le Comité cantonal de la SBMEM présume qu'avec cette intervention «on tentera prochainement d'introduire une réforme des structures de l'école bernoise par le biais d'une révision des lois», il s'est adressé par écrit à la Direction de l'instruction publique pour réfuter quelques opinions qui avaient été exprimées par la commission dans son rapport final (cf. «Ecole bernoise» du 27 mai 1977).

Les organes dirigeants de la SEB décident de répondre à la SBMEM sur certains points et de leur signaler les conséquences négatives que leur démarche pourrait avoir sur l'efficacité des organisations d'enseignants.

Sekretariat SEB: *Moritz Baumberger*

Adaptation française: *Paul Simon*